

INHALT

1. Ministerpräsident Albig war von Beginn an über Wendes Rückkehrrecht informiert
2. Nicht einmal die Regierungsfaktionen sind für Albigs Schlagloch-Soli
3. SPD, Grüne und SSW verbieten Gebrauch bleihaltiger Jagdmunition
4. Fit für Europa
5. Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein
6. Debatte zum Landesnaturschutzgesetz
7. Rettung versus Datenschutz
8. Umweltpolitische Sprecher treffen sich in Sachsen-Anhalt

14.05.2014

Ministerpräsident Albig war von Beginn an über Wendes Rückkehrrecht informiert Aktuelle Stunde bringt neue Fakten ans Licht

Die von der CDU-Fraktion beantragte aktuelle Stunde zum Rückkehrrecht von Wissenschaftsministerin Wende an die Flensburger Universität hat neue Fakten ans Licht gebracht. So räumte Ministerpräsident Torsten Albig ein, er sei von Anfang an darüber informiert gewesen. In der vergangenen Woche hatte er noch erklären lassen, er habe erst am 17. April von der Rückkehrproption erfahren. Später hieß es, er habe zu diesem Zeitpunkt eine "summarische Bewertung" durch die Staatskanzlei erhalten. Er sei durch seine Mitarbeiter in Kenntnis gesetzt worden, dass die Vereinbarung rechtswidrig sei. Albig versuchte heute, ebenso wie die Regierungsfaktionen, dieses Rückkehrrecht als eine Selbstverständlichkeit darzustellen. Die Kritik der Opposition bezeichnete er als „unerträgliche Schmutzkampagne“.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen erklärte nach der Debatte, damit wolle Albig nur von seiner eigenen Rolle in dieser Angelegenheit ablenken. Denn der Ministerpräsident habe bis heute die Unwahrheit über den Zeitpunkt seiner Kenntnisnahme von dem Rückkehrrecht gesagt. Die fragwürdige rechtliche Konstruktion habe ihn genau so lange nicht interessiert, wie die Öffentlichkeit davon keine Kenntnis hatte.

„Nur der öffentliche Druck, nur die ständigen Nachfragen der Opposition haben diesen Ministerpräsidenten dazu gebracht, endlich die Wahrheit zu sagen. Vor diesem Hintergrund ist die moralische Selbstüberhöhung des Ministerpräsidenten eine Frechheit“, so Callsen.

Über die rechtliche Bewertung der Angelegenheit werde nach erfolgter Akteneinsicht zu reden sein. „In jedem Fall haben Albigs Schilderung und auch die Redebeiträge der Regierungsfaktionen ein zum Teil abenteuerliches Rechtsverständnis ans Licht befördert“,

erklärte Callsen.

Link zum Redebeitrag:

http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Callsen_30/archiv/2014-05-14_4323.html

Link zur Pressemitteilung nach der Aktuellen Stunde:

http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Callsen_30/archiv/2014-05-14_4323.html

Nicht einmal die Regierungsfaktionen sind für Albig's Schlagloch-Soli CDU fordert Taten statt immer neuer abstruser Vorschläge



Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte der Landtag heute über den „Schlagloch-Soli“-Vorstoß von Ministerpräsident Torsten Albig. Die Regierungsfaktionen SPD, Grüne und SSW stellten dabei einen eigenen Antrag. Selbst dieser unterstützte den Albig-Vorschlag nicht.

„Es ist ein Trauerspiel: Sie stellen sich auf der großen bundesweiten Bühne dar, und nicht einmal Ihre Fraktion zu Hause unterstützt Ihren Vorschlag“, kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen den Vorgang.

Er erinnerte daran, dass SPD, Grüne und SSW trotz einer Ausgabensteigerung im Gesamthaushalt von zehn Prozent seit ihrer Amtsübernahme die Investitionsquote auf einen niedrigsten Wert abgesenkt haben. „Sorgen Sie lieber für eine vernünftige, verlässliche und solide Verkehrspolitik, anstatt sich mit immer neuen abstrusen Vorschlägen zu profilieren!“, forderte Callsen.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp nahm sich Verkehrsminister Meyer vor. Auch dieser habe sich bislang als reiner Ankündigungsminister entpuppt. Anfang des Jahres habe er eine Landesplanungsgesellschaft für die A20 angekündigt, fünf Monate später sollte es dann lieber eine Bundesgesellschaft sein. Auch Meyers Drei-Stufen-Plan sei schon wieder in der Versenkung verschwunden.

„Für die Finanzierung der Autobahnen sind andere zuständig, die Landesregierung muss sich um die Planung kümmern. Und genau dort, in seinem ureigenen Zuständigkeitsbereich, macht Meyer nichts. Es kann nicht sein, dass bei der A20 seit 2001 die Linienbestimmung abgeschlossen ist, aber für keinen weiteren Meter Baureife vorliegt“, so Arp.

Link zur Rede von Johannes Callsen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-05-14_Johannes_Callsen_432_1.html

Link zur Presseerklärung von Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-05-14_Hans-Joern_Arp_4324.html

SPD, Grüne und SSW verbieten Gebrauch bleihaltiger Jagdmunition

Piratin Angelika Beer unterstützt Online-Petition von Peter Harry Carstensen



Jagdpolitischer Sprecher Hauke Götttsch, MdL

SPD, Grüne und SSW haben heute (14. Mai 2014) die Änderung des Landesjagdgesetzes und damit das Verbot bleihaltiger Munition trotz zahlreicher Bedenken in zweiter Lesung verabschiedet.

Der jagdpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hauke Götttsch, warf den Regierungsfractionen vor, die Jägerinnen und Jäger damit zu staatlich verordneter Tierquälerei zu zwingen.

„Fakten interessieren Sie nicht. Sie sprechen den Jägern ab, sich wirklich um das Tierwohl zu sorgen. Die Leidtragenden Ihres Gesetzes werden die Tiere sein“, so Götttsch.

Seit April 2013 werde über den Gesetzentwurf von SPD, Grünen und SSW zur Zwangseinführung bleifreier Munition diskutiert. An den Fakten habe sich nichts geändert.

+ Bleifreie Munition habe eine verzögerte Tötungswirkung

+ In Wald- und Forstrevieren gibt es unterschiedliche Schussdistanzen. Je größer die Distanz, desto geringer sei die Aufprallenergie und damit die Tötungswirkung der Munition.

Aus diesen Gründen werde in skandinavischen Ländern längst wieder auf Bleimunition umgestellt. Im Hinblick auf den immer wieder erhobenen Vorwurf, durch Bleimunition würden Seeadler getötet, wies Götttsch auf die in Folge einer Initiative der Jägerschaft trotz der derzeitigen verwendeten Bleimunition gestiegene Seeadlerpopulation im Land hin.

Die CDU setze sich dafür ein, mit der Verpflichtung zur Verwendung bleifreier Munition zu warten. Er stellte sich voll hinter die diesbezügliche Petition des ehemaligen

Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen.

Bemerkenswert: Die ehemalige Grüne Bundessprecherin und heutige Piratin Angelika Beer – aus einer Jägerfamilie stammend – bekannte sich im Landtag als 3545 Unterzeichnerin der Petition von Peter Harry Carstensen. Auch sie warf SPD, Grünen und SSW vor, fachliche Argumente zu ignorieren und aus rein ideologischen Motiven zu handeln.

Link zur Pressemitteilung von Hauke Götttsch:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-05-14_Hauke_Goettsch_4327.html

Link zur Petition von Ministerpräsident a.D. Dr. h.c. Peter Harry Carstensen:

<https://www.openpetition.de/petition/online/leiden-vermeiden-jagd-nur-mit-zertifizierter-munition>

Fit für Europa

CDU fordert mehr Maßnahmen für den Mittelstand



Hartmut Hamerich, MdL

Im Vorfeld der Europawahl hat der Landtag heute darüber diskutiert, wie schleswig-holsteinische Unternehmen noch mehr von der Europäischen Union profitieren können. Dazu hatte die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt und die Landesregierung aufgefordert, sich auf eine Reihe von Maßnahmen zu konzentrieren.

„Schleswig-Holstein muss stärker an Europäischen Programmen partizipieren. Wir müssen die bestehenden Programme endlich vollständig ausnutzen! Wir brauchen eine wirksame Wirtschaftsförderung durch schwerpunktmäßige Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen“, forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Hamerich, in der Landtagsdebatte.

Die Regierungsfractionen hatten zudem einen eigenen Antrag eingebracht, mit dem sie soziale Unternehmen stärken wollen.

Beide Anträge werden weiter im zuständigen Wirtschaftsschuss unter Beteiligung des Europaausschusses beraten.

Rede von Hartmut Hamerich:

Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein CDU kritisiert langsame Arbeit der Landesregierung

15 Millionen Euro hat die Landesregierung im aktuellen Haushalt für den flächendeckenden Breitbandausbau bereitgestellt. Allerdings fehlt bislang die nötige Gesetzesgrundlage, damit Unternehmen und Kommunen die Mittel abrufen können. Erst heute hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf zur „Errichtung eines Sondervermögens“ in den Landtag eingebracht.

Der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast kritisierte die von der Landesregierung verschuldeten Verzögerungen: „Vielerorts drängt die Zeit gewaltig. Aber die Landesregierung braucht mehr als acht Monate, bis sie einen Gesetzentwurf vorlegt.“ Spätestens seit ihrem ersten Haushaltsentwurf vom vergangenen September müsse der Regierung klar gewesen sein, dass die Unternehmen, aber auch viele Kommunen, mit den Hufen scharren.

Das Parlament hat den Gesetzentwurf sowie einen weiteren Antrag der PIRATEN zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie mitberatend an den Finanzausschuss überwiesen.

Debatte zum Landesnaturschutzgesetz Arbeitsverweigerung der Küstenkoalition

Auf Antrag von SPD, Grünen und SSW stand in der heutigen Landtagssitzung die Novellierung des Landesnaturschutzgesetz auf der Tagesordnung.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, erklärte: „Seit zwei Jahren regiert die „Küsten-Koalition“ und hat jetzt erst das Landesnaturschutzgesetz entdeckt. Statt als Gesetzgeber einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, delegieren die Regierungsfractionen jetzt diese Aufgabe an die Landesregierung. Entweder will man so dem grünen Umweltminister Feuer machen, weil dieser offensichtlich das bestehende Gesetz für nicht novellierungsbedürftig erachtet oder man will der eigenen Partei in Berlin vorgreifen, denn diese arbeitet in der Regierungskoalition ebenfalls an einer Novellierung der Naturschutzvorgaben.“

Die Forderungen von SPD, Grünen und SSW nach mehr Staat statt Eigenverantwortung, der Festschreibung für 15 Prozent Vorrangflächen für den Naturschutz oder etwa das Vorkaufsrecht lehnt die CDU ab. Der Aufhebung des Vorkaufrechtes hatte die SPD noch 2005 in der Großen Koalition in Schleswig-Holstein zugestimmt aus dem einfachen Grunde, weil es im Ergebnis nichts gebracht hat. Die Neueinführung wäre ein Schritt zurück.

Die Regierungsfractionen sollten selbstständig einen Gesetzentwurf erarbeiten und diesen im Ausschuss zur Diskussion zu stellen statt in Allgemeinaussagen zu flüchten.

Link zum Antrag von SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1870.pdf>

Rettung versus Datenschutz

CDU erteilt Bedenken der PIRATEN zum PKW-Rettungssystem eine Absage



Dr. Axel Bernstein, MdB

Ein Unfall auf einer einsamen Landstraße: Es ist Nacht, kein anderer Autofahrer weit und breit, als das Auto von der Straße abkommt und sich überschlägt. Der Fahrer des Unfallwagens hat Glück im Unglück: Das elektronische Ortungssystem seines Autos „eCall“ informiert die Rettungskräfte – er kann in diesem Fall rechtzeitig gerettet werden. Bei "eCall" handelt es sich um ein EU-weites, digitales System, welches bei Kollision eines Kraftfahrzeuges automatisch Alarm auslöst und die Fahrzeugdaten sowie den Standort an die Rettungsleitstelle meldet.

Aber nicht alle Fraktionen im Landtag unterstützen dieses automatische Rettungssystem. Die PIRATEN haben datenschutzrechtliche Bedenken geäußert und wollen den Autofahrern selbst überlassen, ob das System vor Fahrtantritt eingeschaltet werden soll. Über einen entsprechenden Antrag beriet heute der Landtag. Darin heißt es: „Eine Zwangsmeldung von Unfällen kann schwerwiegende Nachteile für Betroffene nach sich ziehen bis hin zur Führerscheinentziehung oder Festnahme wegen des Vorwurfs einer Straftat. Vor diesem Hintergrund kann eine Zwangsmeldung Unfallteilnehmer veranlassen, den Unfallort zu verlassen statt Erste Hilfe zu leisten. Eine Zwangsmeldung droht dadurch kontraproduktiv zu wirken.“

Während die anderen Fraktionen dem Antrag zustimmten, erteilte der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, der Forderung der PIRATEN-Fraktion eine klare Absage. Dr. Bernstein wörtlich: "Selten seien sich Experten so einig wie beim Thema eCall. Dieses System kann schneller Leben retten. Es ist erstaunlich, wie die Partei, die einmal als die Vertreter der Modernität und der Chancen der Digitalisierung gestartet ist, hier im Landtag zu den Oberbedenkenträgern jeder Entwicklung gegenüber geworden ist“, so der CDU-Abgeordnete.

Pressemitteilung von Dr. Axel Bernstein:

http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Bernstein_29/archiv/2014-05-14_4325.html

Umweltpolitische Sprecher treffen sich in Sachsen-Anhalt Naturschutz in Deutschland qualitativ weiterentwickeln

Zu ihrer diesjährigen Sprechertagung trafen sich die Umweltpolitiker der CDU-Landtagsfraktionen in Salzwedel in Sachsen-Anhalt. Die dreitägige Tagung fand unter

dem Leitthema „Naturschutz in Deutschland qualitativ weiterentwickeln – Schützen und Nutzen“ statt. Marie-Luise Dött, die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat an diesem Treffen ebenfalls teilgenommen. In Ihrem Bericht erläuterte sie zunächst die aktuellen bundespolitischen Themen – vom Klimaschutz, über abfallpolitische Aspekte bis zum Naturschutz.

Von den Ländervertretern wurde mit der „Salzwedeler Resolution“ Schwerpunkte der Naturschutzpolitik formuliert und verabschiedet. „Gerade in Zeiten, wo die Landesregierung das Landesnaturschutzgesetz umkrempeln will, ist die eigene Positionierung wichtig. So ist Schützen und Nutzen auch kein Gegensatz, sondern geht – als zwei Seiten einer Medaille – für die CDU Hand in Hand,“ so der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers.

Am Exkursionstag besuchten die Ländervertreter Anlagen der Erdgasförderung, der Erdgasspeicherung und Flächen der Rekultivierung. Immerhin wird in der Altmark schon seit 1969 Erdgas gefördert und inzwischen wird in dem ausgegasteten Untergrund wieder Erdgas gespeichert. An diesem und 49 weiteren Standorten im Bundesgebiet wird mit 22,7 Milliarden m³ etwa ein Viertel des deutschen Jahresverbrauches gespeichert.

Den Abschluss bildete ein Besuch des „Grünen Bandes“ als wichtigem Naturschutzprojekt nach der deutschen Wiedervereinigung. „Der einstige Todesstreifen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist heute Rückzugsgebiet für eine Vielzahl anderswo selten gewordener Tiere und Pflanzen geworden. Der einstige Schrecken dieser unmenschlichen Anlagen ist Geschichte und letztlich der Natur gewichen“, so Heiner Rickers.

Link zu Pressemitteilung der umweltpolitischen Sprecher

<http://www.cdufraktion.de/2014/naturschutz-in-deutschland-qualitativ-weiterentwickeln/#more-12143>



Heiner Rickers bei der Sprechertagung in Salzwedel

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de